

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
199 · Ausgabe CH · April 2022
AZB 3001 Bern



#StandWithUkraine

Frieden jetzt!

FRONTEX, NETFLIX UND TRANSPLANTATIONEN

Gut informiert in den Abstimmungskampf: Parlamentarier:innen erklären die Vorlagen knapp und klar. Ab Seite 6

BÜRGER:INNEN-PANEL FÜR GROSSE THEMEN

In Uster weht demokratischer Pioniergeist: Die Stadt erprobt die Erweiterung der Demokratie mit einem Bürger:innen-Panel. Seite 17

Liebe Genossinnen und Genossen, alle dazwischen und darüber hinaus



«Für eine Schweiz ohne Armee» ist eine der ersten Abstimmungsvorlagen, an die ich mich erinnere. Heute würden wohl weniger als 35 Prozent der Bevölkerung ein Ja in die Urne legen. Armee und Aufrüstung sind gerade sehr en vogue. Die Verteidigungsministerin versteigt sich gar zur Aussage, den Kampfjet ihrer Wahl bestellen zu wollen, ohne einen Urnengang abzuwarten.

Mir ist bewusst, dass Putin mit einem Blumenstraus nicht aufzuhalten ist. Und trotzdem: Kann Aufrüstung die Antwort sein? Ist es wirklich ein Schweizer F-35, mit dem sich Putin und Konsorten vom Krieg abhalten liessen? Meine

Zweifel und Fragen führten mich zu Laurent Goetschel, Friedensforscher und Direktor von swisspeace. Seine Antworten lest ihr auf Seite 4.

Nach Kriegsausbruch lancierten wir einen Spendenaufruf zugunsten von Solidar Suisse, dem Hilfswerk der SP und der Gewerkschaften. Viele Genoss:innen und Sympathisant:innen der Partei halfen unglaublich grosszügig. Wie Solidar Suisse das Geld für Geflüchtete einsetzt, erfahrt ihr auf Seite 5.

Daneben beschäftigen wir uns mit den Vorlagen der Mai-Abstimmung. Die Parlamentarier:innen, die die Geschäfte durch die grosse und kleine Kammer lotsten, erklären ab Seite 6, worum es bei der Frontex-Vorlage, dem Film- und dem Transplantationsgesetz geht.

Demokratie schützt zwar nicht direkt vor Krieg. Doch nur mit demokratischen Mitteln lässt sich Krieg verhindern. Darum möchte ich euch auch den Artikel auf Seite 17 zu neuen Formen der demokratischen Teilhabe ans Herz legen. Vielleicht lässt sich ein Bürgerpanel ja auch in eurer Gemeinde umsetzen?

Ich wünsche euch eine anregende Lektüre.

Solidarische Grüsse
Pia Wildberger

PS: Der vollständige Titel der Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» lautete übrigens «... und für eine umfassende Friedenspolitik». Hier sollten wir ansetzen.

INHALT

- 4 **«Der Frieden hat versagt»**
Friedensforscher Laurent Goetschel über den Ukraine-Krieg und was das für die Aufrüstung heisst
- 5 **#StandWithUkraine: Damit die Kinder nicht Krieg spielen**
Wie Solidar Suisse mit den Spendengeldern aus der SP-Aktion den Geflüchteten hilft
- 6 **Nein zur Frontex-Vorlage**
Warum ein Nein richtig ist
- 8 **Ja zum Transplantationsgesetz**
Was mit einer Annahme der Vorlage besser wird
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **«Mit Glück kommt Verantwortung»**
Wir machen ernst mit der Transparenz in der Politik-Finanzierung und legen Grossspenden offen
- 14 **Das Parteirats-Präsidium ist gewählt**
- 16 **Kochen fürs Klima: Vegetarisches im «Speck»**
Essen ist politisch – zu Besuch im Aarauer Traditionslokal «Speck»
- 18 **Zur Gründung der Sektion Sempach**
5 Fragen an Neumitglied Oktavia Reiher
- 19 **Anlässe der SP Schweiz**
von Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung



AHV21 / VERRECHNUNGSSTEUER

Uns steht ein heisser Herbst bevor

In den letzten Wochen reichten wir gleich zwei Referenden ein: Gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer und gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Beide Referenden kommen voraussichtlich im September an die Urne.

Anfang April reichte die SP gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Grünen knapp 60 000 Unterschriften gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer ein. Die Abschaffung dieser Steuer wäre für Vermögende aus dem In- und Ausland ein Freipass zur Steuerkriminalität und käme für alle ehrlichen Steuerzahler:innen einer Ohrfeige gleich. Deren Zuwächse auf dem Sparkonto würden weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegen, während sich Grossanleger steuerfrei aus der Affäre ziehen können. Eingebracht haben uns diese Vorlage die Rechten im Parlament, die auf Bestellung der Banken- und Konzerlobby die Abschaffung durchdrückten. «Diese Selbstbedienungsmentalität der Teppichetage muss gestoppt werden!» machte Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo an der Einreichung des Referendums klar.

Für den Bund würde die Vorlage zu grossen Verlusten führen. Sie ist eine finanzpolitische Zeitbombe. Neben einmalig einer Milliarde Franken rechnet das Finanzdepartement im aktuellen Tiefzinsumfeld mit jährlichen Steuerausfällen von knapp 200 Millionen Franken. Es dürfte aber ein Vielfaches davon sein, sobald das Zinsniveau wieder ansteigt.

Während also Grossanleger und Steuerkriminelle geschont werden sollen, nimmt die Ungleichheit zu. Gleichzeitig gerät die Mehrheit der Leute im Land, die von Lohn oder Rente leben, immer stärker unter Druck. Der öffentlichen Hand wird wegen der enormen Steuerausfälle Geld für wichtige Aufgaben fehlen. Dies können wir nicht hinnehmen.

Auch gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen setzen wir uns vehement zur Wehr. Gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund reichten wir rekordhohe 152 000 Referendums-Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein.

Kein Rentenklau bei den Frauen

Die geplante AHV-Abbauvorlage mit Erhöhung des Rentenalters der Frauen soll gemäss Bundesrat bis ins Jahr 2030 Einsparungen von sieben Milliarden Franken bringen. Die Frauen bezahlen diese Rechnung allein. Jede Frau muss einen Rentenabbau von jährlich 1200 Franken hinnehmen. Das ist inakzeptabel, gerade weil die Frauenrenten bereits tief sind.

Die SP schlägt eine solidarische Zusatzfinanzierung vor. Neu sollen die Gewinne, die die Schweizer Nationalbank (SNB) mit den Negativzinsen macht, für die AHV verwendet werden. So wird die AHV mit über 11 Milliarden gestärkt, und das Volksvermögen der SNB kommt allen zugute.

Ausserdem ist klar: Rentenalter 65 für Frauen ist das Einfallstor für Rentenalter 67 für alle. Die Rechte hat die entsprechende Initiative bereits eingereicht. Mit der vorliegenden Vorlage soll die Grundlage dafür geschaffen werden. Während Manager:innen vorzeitig in Rente gehen, weil sie es sich leisten können, müssen Detailhandelsangestellte, Pöstler:innen oder Pflegefachkräfte bis 67 weiterarbeiten. Mit einem Nein zur AHV21 stoppen wir diese Pläne und machen den Weg frei für eine gerechte AHV-Reform, die allen zugutekommt.

Ostermarsch: Klima schützen, Frieden schaffen!

Rund 40 Organisationen der Zivilgesellschaft – von der GSoA über die Landeskirchen bis zu Organisationen wie Human Rights Watch – rufen für den Ostermontag, 18. April, in Bern zum traditionellen Ostermarsch auf. Start ist um 13 Uhr bei der Eichholz-Wiese, danach folgt der Marsch zum Münsterplatz. Dort gibt es Redebeiträge und Musik des TzuPATi Orchestra.

Unter dem Motto «Es geht ums Ganze! Klima – Gerechtigkeit – Frieden» findet am Ostermontag auch der internationale Friedensmarsch statt. Treffpunkt ist um 14 Uhr auf dem Kornmarkt in Brezegg. Kommt zahlreich und setzt euch so für den Frieden und den Schutz des Klimas ein.

Auf zum 1. Mai mit dem Solifonds: Für Frieden und Gerechtigkeit

Der Solifonds widmet seine 1.-Mai-Aktion einerseits den progressiven Kräften in der Ukraine und ihren Nachbarländern, andererseits den Reinigungsarbeiter:innen in Malaysia, die sich gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen organisieren. Sie haben einen Gesamtarbeitsvertrag erkämpft, doch die Arbeitgeber wollen diesen nicht anerkennen und schüchtern die Gewerkschafter:innen systematisch ein. Umso wichtiger ist es, dass sich Reinigungsangestellte in anderen Regionen des Landes organisieren können. Seit die russische Armee in die Ukraine einmarschierte, stellt sich die Frage, wie sich die progressiven Kräfte stärken lassen – jene Gewerkschaften, Basisinitiativen und feministischen Organisationen, die nicht die nationalistische Karte spielen. Sie verfolgen inmitten der Katastrophe emanzipatorische Projekte und leisten auch humanitäre Hilfe. In Russland und Belarus sehen sie sich aber mit härtester Repression konfrontiert. «Deshalb ist Unterstützung auch dort nötig», schreibt der Solifonds.

Der Solifonds hat darum einen Beitrag an einen internationalen gewerkschaftlichen Solidaritätsfonds geleistet, um Gewerkschaften in der Ukraine und in den Nachbarländern zu unterstützen. Weitere Unterstützungsmöglichkeiten sind in Abklärung. Auch dafür will der Solifonds die Mittel aus der 1.-Mai-Aktion einsetzen.

«Der Frieden hat versagt»

«Nie wieder Krieg!» Mit dieser Haltung setzen sich viele Genoss:innen seit Jahrzehnten für Abrüstung und Frieden ein. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird nun überall auf der Welt massiv aufgerüstet. Auch in der Schweiz ertönt der Ruf nach höheren Militärausgaben. Ist das die richtige Antwort auf den Krieg? Und wie können Menschen nach Kriegsverbrechen wie in Butscha wieder zusammenleben? Der Basler Friedensforscher Laurent Goetschel zeigt mögliche Ansätze auf. Interview: Pia Wildberger

Laurent Goetschel, lässt sich mit Waffen Frieden schaffen?

Laurent Goetschel: In der Ukraine hat nicht die Sicherheit versagt, sondern der Frieden. Die Nato-Abschreckung funktioniert. Die Idee jedoch, dass allein die wirtschaftliche Verknüpfung den Frieden fördere, ist in Bezug auf Russland widerlegt und stimmt vermutlich auch für China nicht. Wir müssen uns überlegen, wie wir der Demokratie mehr Schub verleihen können, wenn wir von den Wirtschaftspartnern gleichzeitig in einem gewissen Masse abhängig sind. Die Armee hat damit nichts zu tun.

Mit einer Blume in der Hand lässt sich Putin jedoch nicht aufhalten. Braucht es doch Waffen für den Frieden?

Das ist eine Frage, die am Schluss jede:r für sich entscheiden muss. Ich finde es legitim, dass die Ukrainer Waffen zu ihrer Verteidigung erhalten. Allerdings ist Europa auf vielfältige Art in den Konflikt involviert. Den einen liefern wir Waffen, von den anderen beziehen wir Rohstoffe.

Muss die Schweiz auch aufrüsten?

Der Krieg in der Ukraine ist kein Problem der Sicherheitspolitik. Die Nato verfügt über deutlich mehr Waffen als Russland. Alleine die USA tätigen 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Der Westen hat kein Abschreckungsproblem. Der Westen hat ein politisches Problem, weil er in der Ukraine- und letztlich in der Russland-Frage versagt hat. Ein zusätzlicher F-35 für die Schweiz spielt vor diesem Hintergrund keine Rolle.

Wie können die Kriegsparteien angesichts der Kriegsverbrechen in Butscha oder Mariupol je zu Frieden finden?

Früher oder später streben alle Kriegsparteien eine Form von Frieden an. Je mehr persönliche Leidensgeschichten bestehen, desto schwieriger wird allerdings der Aufbau des Friedens. Das haben uns in Europa zuletzt die Balkankriege gelehrt. In diesem Zusammenhang ist die Aufarbeitung der Vergangenheit sehr wichtig. Es stellen sich Fragen zum Umgang mit Opfern und Tätern – wer ist Opfer, wer Täter, und wer ist beides?

Es müssen Prozesse in Gang gesetzt werden, die ein weiteres Zusammenleben der Gruppen ermöglichen.

Was bedeutet das konkret?

Einerseits ist da die juristische Aufarbeitung. Diese setzt die Beteiligung der Regierungen oder internationaler Institutionen voraus. Andererseits ist wichtig, dass die Menschen ihre Geschichten erzählen und anderen berichten können, was geschehen ist. Sie müssen einander zuhören. Dabei geht es nicht notwendigerweise um das gegenseitige Verzeihen. Es geht auch nicht nur um kurze, symbolische Momente. Die Menschen müssen dafür sensibilisiert werden, was die anderen wahrgenommen haben. Auch sollten Szenarien für die gemeinsame Zukunft entwickelt werden. Exemplarisch dafür waren die Verfahren, die in Südafrika nach dem Ende der Apartheid in Gang gesetzt wurden.

Was kann die Schweiz tun?

Wir sollten unsere friedenspolitischen Leistungen verstärken und dafür mehr finanzielle Mittel bereitstellen. Für ihre Kompetenzen in diesem Bereich wird die Schweiz weltweit geachtet. Das Engagement für

Frieden braucht jedoch Zeit, und der Erfolg lässt sich nicht immer an Zielvorgaben messen. Zum Friedensengagement zählen neben den Guten Diensten beispielsweise auch gegenseitige Aufarbeitungsprozesse nach Beendigung eines Konflikts, wie ich sie geschildert habe. Auch Austauschprogramme in Bildung und Forschung oder Expertise in den Bereichen Korruptionsbekämpfung oder Demokratiebildung tragen zur Friedensförderung bei. Damit lässt sich mehr erreichen als mit zusätzlichen Kampfjets am Schweizer Himmel.

UKRAINE-RESOLUTION AM PARTEIRAT

Die SP setzt sich vehement für schärfere Sanktionen und deren Durchsetzung ein. Auch engagierten wir uns für eine großzügige Flüchtlingspolitik. So verabschiedete der Parteirat an seiner ersten Sitzung Ende März einstimmig die Resolution «Nein zum Krieg!». Darin fordern wir neben einem sofortigen Waffenstillstand und der Untersuchung der Kriegsverbrechen schärfere Sanktionen gegen das Putin-Regime und seine Gefolgschaft. Ferner fordern wir:

- Ein Ende der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas. Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und der Umstieg auf erneuerbare Energien sind nicht nur ökologisch notwendig, sie dienen auch dem Frieden.
- Humanitäre Unterstützung für Flüchtende vor Ort und in den Nachbarländern sowie die diskriminierungsfreie Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und aus Russland.
- Die Welt braucht nicht Aufrüstung, sondern Frieden. Frieden ist ein kollektives Gut, das nicht durch Einigelung, sondern durch Zusammenarbeit erreicht wird. Die Schweiz muss endlich den Atomwaffenverbotvertrag ratifizieren. Wir brauchen nicht mehr Waffen, sondern humanitäres Engagement und eine aktive Friedenspolitik im Rahmen der OSZE und der UN-Charta.

ZUR PERSON



Der 57-jährige Laurent Goetschel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (swisspeace). Diese untersucht

die Ursachen von Gewaltkonflikten und entwickelt Strategien, um diese beizulegen oder die Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen. Goetschel leitete unter anderem das Nationale Forschungsprogramm «Schweizer Aussenpolitik», war Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Uni Bern und persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.



Die vollständige Resolution findet sich im Wortlaut hier

→ sp-ps.ch/de/parteirat

Damit die Kinder nicht Krieg spielen



Sucht einen Neuanfang in Westeuropa: Yuliia Temchenko mit ihren beiden Kindern.

Nach Kriegsausbruch lancierte die SP für das Hilfswerk Solidar Suisse, das von SP und Gewerkschaften getragen wird, einen Spendenaufruf. Innert weniger Tage kam die enorme Summe von rund 400 000 Franken zusammen, die die SP direkt an Solidar Suisse weiterleitete. Wie wird das Geld eingesetzt?

Pia Wildberger

«Die Hilfsbereitschaft der rumänischen Bevölkerung, die selber wenig hat, ist unglaublich beeindruckend», sagt Melanie Wirz, Kommunikationsverantwortliche Deutschschweiz von Solidar Suisse. Sie reiste Anfang März nach Brasov, wo täglich Tausende Geflüchtete aus der Ukraine ankommen. «Die Rumäninnen und Rumänen bringen Tag für Tag Windeln oder Decken, kochen warme Mahlzeiten, bieten ein Dach über dem Kopf an», schildert Melanie Wirz die grosse Solidarität der lokalen Bevölkerung.

Solidar Suisse, das Hilfswerk der SP und der Gewerkschaften, war bis 2015 selbst mit Projekten in Rumänien und Ungarn tätig. Dank den nach wie vor bestehenden Kontakten zu lokalen Hilfsorganisationen gelang es nach Kriegsausbruch rasch, dort Hilfsprojekte auf die Beine zu stellen, wo die Hilfe gebraucht wird. Das grosse Empfangszentrum in der Stadt Brasov, wo Geflüchtete eine erste Anlaufstelle finden, wird beispielsweise von einer Partnerorganisation und mit finanziel-

ler Unterstützung von Solidar Suisse betrieben. Die Organisation hilft den erschöpften Frauen und Kindern tatkräftig, unbürokratisch und rasch weiter. Wo kann ich hin, wo finden wir eine Unterkunft, wer versteht mich, wie geht es weiter? Solche und ähnliche Fragen quälen die geflüchteten Frauen und Kinder.

Die Mitarbeiter:innen der lokalen Hilfsorganisation vermitteln bei eisigen Temperaturen Überlebenswichtiges wie Unterkunft oder Kleider, aber auch Sim-Karten, Waschmittel oder Busfahrten in andere Städte. Mit Gutscheinen können die Geflüchteten direkt einkaufen, was sie benötigen. Einige der Frauen sprechen bloss Russisch oder Ukrainisch, kommen ohne Geld an und müssen sich zum ersten Mal ohne Ehemann durchschlagen.

Allein auf der Flucht

Andere wie beispielsweise Yuliia Temchenko, eine alleinerziehende Anwältin aus Kiew,

sprechen fließend drei Sprachen und springen wo nötig für Übersetzungsdienste ein. Temchenko fuhr mit ihren beiden kleinen Knaben und einer Tante Richtung Grenze, weil sie nicht will, dass ihre Kinder vom Grauen des Krieges traumatisiert aufwachsen. «Sie begannen schon in Kiew, Krieg zu spielen.»

Rund 650 000 Menschen sind gemäss Angaben der Organisation Statista bis Anfang April nach Rumänien geflüchtet. Und immer noch kommen täglich Tausende über die Grenze. Ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung ist auf der Flucht, insgesamt haben über vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer das Land verlassen. Viele davon sind Kinder.

Ob in Ungarn, Rumänien, Moldawien oder Polen: Was die Geflüchteten erlebt haben, ist entsetzlich. «Die schiere Not macht einen fassungslos», sagt Melanie Wirz. «Da hilft es, dass wir dank den Spenden direkt und konkret helfen können.»



Mehr zur Soforthilfe von Solidar Suisse und wie es Yuliia Temchenko weiter erging



FRONTEX

Mehr Menschen auf der Flucht Schutz bieten

Gestrandet in einem Flüchtlingslager im Libanon: syrische Kriegsflüchtlinge.

Am 15. Mai stimmen wir darüber ab, ob sich die Schweiz stärker an der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) beteiligen soll. Wir haben uns im Parlament dafür eingesetzt, dass die Vorlage ausgeglichen ausgestaltet wird und eine solidarische Flüchtlingspolitik ermöglicht. Doch die rechte Mehrheit hat das verhindert. Es braucht nun ein Nein, damit das Parlament eine bessere Vorlage verabschieden kann.

Tief betroffen sehen wir, wie durch den Angriffskrieg des Putin-Regimes auf die Ukraine Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Dieses Schicksal teilen weltweit über 84 Millionen Menschen. Auch sie befinden sich auf der Flucht aus ihrer zerstörten Heimat, vor Krieg und Gewalt.

In einem Monat stimmen wir darüber ab, ob sich die Schweiz finanziell stärker an der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) beteiligen soll. Als Schengen-Staat sind wir dazu grundsätzlich verpflichtet. Wir fordern aber, dass die Vorlage ausgeglichen ausgestaltet wird und auch für Menschen auf der Flucht Verbesserungen bringt. Das ist bitter nötig, denn wer heute unfreiwillig sein Land verlassen muss, dem oder der wird oft das Recht verwehrt, auf europäischem Boden ein Asylgesuch zu stellen. Menschen aus Afghanistan, Syrien oder von



Daniel Jositsch, Ständerat ZH

anderswo her werden – geduldet oder sogar unterstützt durch Frontex – illegal in Länder wie Libyen zurückgeschafft.

Im Kern geht es bei der Abstimmung am 15. Mai um die Frage, ob wir gemeinsam für eine solidarische Schweiz eintreten, die Menschen auf der Flucht Schutz bietet. Doch darüber möchte die zuständige FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter nicht reden. Sie versteckt sich hinter dem Argument, dass wir bei einem Nein zur Frontex-Vorlage aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen würden, und entzieht sich so einer offenen Diskussion. Deshalb hat die SP bereits in dieser Frühlingssession einen Vorstoss eingereicht. Er zeigt auf, wie wir bei einem Nein schnell zu einer neuen Vorlage kommen, die die Situation für flüchtende Menschen verbessert und die es uns gleichzeitig erlaubt, unseren Verpflichtungen gegenüber dem Schen-

gen-Abkommen nachzukommen. Ein Nein zur Vorlage des Bundesrats am 15. Mai ermöglicht eine solidarisere Schweiz. Das ist bitter nötig, damit sich die Lage an den Aussen Grenzen Europas bessert.

DARUM GEHT ES

- An der EU-Aussengrenze kommt es immer wieder zu illegalen «Push-backs» (Rückschaffungen) durch lokale Behörden und die Grenzschutzagentur Frontex. Flüchtende werden in Folterstaaten wie Libyen zurückgeschafft.
- Zur Stärkung von Frontex soll der Schweizer Beitrag von 14 auf 61 Mio. Fr. aufgestockt werden.
- Kompensationsmassnahmen mit dem Ziel einer humaneren Flüchtlingspolitik – etwa eine grosszügigere Resettlement-Quote für Kriegsflüchtlinge – lehnte das Parlament ab.
- Mit einem Nein zur Vorlage kann das Parlament nochmals über die Bücher gehen und eine humanere Schweizer Flüchtlingspolitik im Gesetz verankern.

FILMGESETZ

Beste Werbung für Schweizer Kultur



Matthias Aebischer, Nationalrat und Präsident des Dachverbandes der Schweizer Filmbranche Cinésuisse

Mit dem neuen Filmgesetz müssen ausländische Streaming-Anbieter und TV-Stationen vier Prozent des Umsatzes aus Schweizer Werbefenstern in den Schweizer Film investieren. Diese Investitionspflicht gilt für einheimische Filmanbieter wie «Teleclub» oder «3 Plus TV» schon lange. Nun werden endlich auch die ausländischen Anbieter erfasst, deren Gewinne heute vollständig ins Ausland fließen.

Weder Konsumabgabe noch Sondersteuer

In Zukunft müssen also «Netflix» oder «RTL» und «Sat1» einen kleinen Teil ihrer Filme in der Schweiz produzieren. Im Vergleich zum nahen Ausland sind die geforderten vier Prozent sehr moderat. In Frankreich sind es 26 Prozent, in Italien 20 und in Deutschland wird gar eine Abgabe erhoben. Wenn Netflix also für

sein eigenes Filmangebot Jahr für Jahr ein wenig Geld ins Schweizer Filmschaffen investieren muss, so ist das weder eine «Konsumabgabe» noch eine «Sondersteuer». Zudem ist die Produktion eines Films in der Schweiz nicht teurer als in den USA. Es entstehen also keine Mehrkosten.

Bis vor einigen Jahren boten die grossen Streaming-Plattformen vor allem US-amerikanische Produktionen an. Heute ist das Angebot vielfältiger. Die EU fordert von Netflix und Co., in Europa mindestens 30 Prozent europäische Filme anzubieten. Mit dem neuen Filmgesetz hat die Schweiz diese Forderung übernommen.

Kultur ist mehr als Franken und Rappen

Schweizer Filme vermitteln der Welt einen Teil unseres Kulturschaffens und unseres Selbstverständnisses. Schweizer Filme zeigen unsere Eigenart, sie unterhalten, sie verbinden und im besten Fall tun sie alles miteinander. Der Film «Die göttliche Ordnung» über die späte Einführung des Frauenstimmrechts oder auch die Aufarbeitung des dunklen Kapitels der Verdingkinder mit dem Film «Der Verdingbub» sind beste Beispiele dafür.



Lelia Hunziker, Aargauer Grossrätin und Geschäftsleiterin der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Zürich

Würdiger Schutz für alle

Viele Fachleute und Aktivist:innen atmen dieser Tage irritiert ein und erstaunt aus: Genau so! Mit dem Schutzstatus S bekommen geflüchtete Menschen endlich, was es für eine gutes und würdiges Ankommen braucht: Inklusion. Integration. Solidarität. Bildung. Die Möglichkeit zu arbeiten. Familiennachzug. Mobilität. Freie Wahl des Wohnorts. Kommunikation. Sichere Unterbringung. Die Solidarität ist riesig. Die Gesellschaft anerkennt: Krieg ist grausam. Flucht eine Not. Asyl nötig. Niemand flüchtet freiwillig. Niemand.

Was Fachpersonen und Aktivist:innen jahrzehntelang gefordert haben und zu erkämpfen versuchten, wird endlich wahr. Vorbei die menschenverachtenden Debatten darüber, ob WLAN in Asylunterkünften nötig oder Luxus sei. Vorbei der bürokratische Eiertanz, bis Kinder von Geflüchteten in den Hort dürfen. Vorbei die ausgeklügelten Gutscheinsysteme, damit Geflüchtete mit dem ÖV den Deutschkurs besuchen können. Vorbei das zermürbende Warten auf Arbeit und Schule. Vorbei die Angst vor einer Dublin-Ausschaffung. Geflüchtete aus der Ukraine bekommen eine SIM-Karte, die Autobahnvignette entfällt, sie können den ÖV gratis benutzen, sie dürfen arbeiten und die Kinder sind in der Schule und im Hort willkommen. Dublin ist ausgesetzt. Gut so.

Im Alltag zeigt sich aktuell schmerzlich: Was für die einen gilt, ist für die anderen tabu. Wer aus Syrien, Afghanistan oder Somalia in die Schweiz flüchtete, wird auch in diesen Tagen in abgelegene Zentren verlegt. Die Ressourcen sind knapp, lang ersehnte Verfahren werden verschoben. Das Warten dauert länger. Geflüchtete sind verunsichert. Sozialarbeitende sehen ihre Fachlichkeit in Gefahr. Denn: Die Unterschiede sind diskriminierend, fachlich nicht vertretbar und menschlich nicht auszuhalten.

Die SP kämpft weiter für ein würdiges und solidarisches Asylwesen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundbedürfnisse aller Menschen, die aus Krisen- und Kriegsgebieten in die Schweiz flüchten, abgedeckt sind. Heute, morgen, übermorgen.



Ja zum Transplantationsgesetz



Flavia Wasserfallen,
Co-Präsidentin des
Abstimmungskomitees
und Nationalrätin BE

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung steht der Organtransplantation positiv gegenüber. Dem trägt das neue Transplantationsgesetz Rechnung. Neu gilt die erweiterte Widerspruchslösung.

Organe retten Leben. Doch in der Schweiz fehlen häufig das lebensrettende Herz, die nötige Niere oder Lunge. Derzeit warten 1434 Menschen auf ein Organ, darunter 16 Kinder unter 16 Jahren. Alle fünf Tage stirbt ein Mensch, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden werden konnte. Und die Situation bessert sich nicht: 2020 lag die Zahl der Organspender:innen mit 146 Spenden rund 7 Prozent tiefer als im Jahr zuvor. Die Spendenquote in der Schweiz ist eine der tiefsten in ganz Westeuropa.

Dies liegt nicht daran, dass die Menschen hierzulande ihre Organe nach dem Tod nicht spenden wollen. Verschiedene Befragungen zeigen, dass vier von fünf Menschen positiv zur Organspende stehen. Zu wenige davon halten jedoch zu Lebzeiten ihren Willen fest. So müssen die Angehörigen für die verstorbene Person entscheiden, denn aktuell gilt die Zustimmungsregel. Unter Schock und in Trauer entscheiden sich Angehörige dann in drei von fünf Fällen gegen eine Organentnahme.

Das Missverhältnis zwischen der Ablehnungsrate durch die Angehörigen und der hohen Zustimmung in der Bevölkerung lässt den Schluss zu, dass Angehörige die Entnahme von Organen vielfach im Zweifel ablehnen, obwohl die verstorbene Person einverstanden gewesen wäre.

Nachdem der Aktionsplan «Mehr Organe für Transplantationen» von 2013 über die Jahre zu wenig Wirkung gezeigt hatte und sich die positiven Erfahrungen aus vielen EU-Ländern mit anderen Systemen verdichtet hatten, sprachen sich Bundesrat und Parlament für einen Systemwechsel aus. Neu soll die erweiterte Umsetzung der Widerspruchslösung gelten.

Der Einbezug der Angehörigen bleibt

Wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten oder seinen Angehörigen mitteilen. Liegt kein dokumentierter Wille der verstorbenen Person vor, können die nächsten Angehörigen Widerspruch einlegen. Sind die An-

gehörigen nicht auffindbar, dürfen keine Organe entnommen werden.

Das Parlament hat mit dieser Revision des Transplantationsgesetzes eine pragmatische Lösung gewählt, die mehr Klarheit bei der Organspende schafft, die Angehörigen entlastet und Leben retten kann. Das ist eine gute Nachricht für alle Menschen, die auf ein lebensrettendes Organ warten.

DARUM GEHT ES

- Über 1400 Menschen stehen auf einer Warteliste für ein Spendenorgan. Jährlich sterben rund 70 Menschen aufgrund des Mangels an Spendenorganen.
- Wer nach dem Tod kein Organ spenden will, muss dies zu Lebzeiten festhalten oder den Angehörigen mitteilen.
- Die Organspende bleibt freiwillig.
- Angehörige können Widerspruch einlegen.
- Die Organspende rettet Leben.

→ Darum Ja zum neuen Transplantationsgesetz!



Drei SP-Frauen wollen Regierungsrätin werden

Am 9. März 2022 präsentierte die SP der Öffentlichkeit, wer sich parteiintern um die Nominierung als Regierungsratskandidatin bewirbt. Es sind dies Kantonsrätin Ylfete Fanaj aus Luzern, Kantonsrätin Melanie Setz aus Emmen und alt Kantonsrätin Yvonne Zemp Baumgartner aus Sursee. Priska Lorenz, bis März 2022 Vizepräsidentin der SP Kanton Luzern, leitete die Personalfindungskommission (PFK). Priska Lorenz, Präsidentin PFK

Im Frühsommer 2020 haben wir seitens der Personalfindungskommission die Arbeit aufgenommen. Der Auftrag der Partei war, Frauen zu suchen, am besten gleich mehrere geeignete Kandidatinnen. Dieses klare Bekenntnis zu einer Frauenkandidatur hat sehr geholfen, Frauen zu motivieren, in den Wahlkampf einzusteigen. Wir freuen uns, der Parteibasis nun drei ausgezeichnete Kandidatinnen präsentieren zu dürfen.

Am Anfang des Prozesses stand die Erarbeitung eines umfangreichen Anforderungsprofils. Auf dieser Basis haben wir im Herbst 2020 mit über 40 Frauen aus der Partei Erstgespräche geführt, um zu sehen, wo grundsätzlich Interesse besteht. Anfang 2021 führten wir eine erste Runde Gespräche mit dem Ziel, uns mit den Interessentinnen aus-

zutauschen und gegenseitige Erwartungen zu klären. Mitte 2021 dann fand eine zweite Runde statt. In diesen Gesprächen haben wir die Kandidatinnen hinsichtlich ihrer inhaltlichen und persönlichen Fähigkeiten und Eignungen geprüft.

Im August 2021 organisierten wir für die Kandidatinnen einen Austausch mit ehemaligen und aktiven SP-Regierungsrätinnen, an dem sie einen Einblick in das Leben und Wirken einer Regierungsrätin erhielten.

Eine Feedback-Gesprächsrunde im November 2021 diente dazu, den Prozess zusammen mit den Kandidatinnen abzuschliessen. Danach haben diese sich definitiv für oder gegen den Einstieg in den Nominationsprozess entschieden. Im Januar 2022 schliesslich hat die Geschäftsleitung

der SP Kanton Luzern über die Kandidaturen entschieden.

Wir blicken auf einen langen und intensiven Prozess zurück. Bei den Kandidatinnen lief in dieser Zeit – nebst dem Prozess mit der PFK – die persönliche Entscheidungsfindung unter Einbezug auch des Umfelds. Dadurch können wir jetzt drei Kandidatinnen präsentieren, welche wir auf Herz und Nieren geprüft haben und die von ihrer Kandidatur voll überzeugt sind. Alle drei – mit ihren unterschiedlichen Profilen – sind bestens geeignet für das Amt als Regierungsrätin.

Im Rahmen der «Tour de Lucerne» durch die Sektionen der SP Kanton Luzern werden sich die Kandidatinnen in den kommenden Monaten der Parteibasis und der Bevölkerung vorstellen. Über zehn Anlässe im ganzen Kanton sind geplant. Die Nomination findet am ausserordentlichen Parteitag vom 24. September 2022 in Wolhusen statt. Mehr Informationen findet ihr auf www.sp-luzern.ch.

Grabschrift Marianae Gryphiae

Brudern Pauli Töchterlein

Geboren in der Flucht,
umringt mit Schwert und Brand,

Schier in dem Rauch erstickt,
der Mutter herbes Pfand,

Des Vatern höchste Furcht,
die an das Licht gedrunge,

Als die ergrimmt Glut
mein Vaterland verschlungen:

Ich habe diese Welt beschaut
und bald geseget,

Weil mir auf Einen Tag
all' Angst der Welt begegnet;

Wo ihr die Tage zählt,
so bin ich jung verschwunden,

Sehr alt, wofern ihr schätzt,
was ich für Angst empfunden.



Andreas Gryphius (1616 – 1664)

Aus: Epigrammata von 1663

MERKBLATT

Unterbringung von Ukrainerinnen und Ukrainern bei Privatpersonen

Der Aargauer Regierungsrat will die Unterbringung von geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern zentral organisieren.

Zu diesem Zweck hat er ein Merkblatt formuliert. Darauf finden sich unter anderem eine Telefonnummer (062 835 11 33) und zwei Links: www.sem.admin.ch und www.ag.ch/ukraine. Das Merkblatt gibt Auskunft über die rechtlichen und praktischen Möglichkeiten und Bedingungen für Geflüchtete und Gastgeber*innen.

Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine



Im Osten der Ukraine wird seit 2014 gekämpft und das Interesse war, obwohl mehrere Tausende Menschen getötet wurden, kaum vorhanden. Ähnlich verhielt es sich auch mit anderen militärischen Konflikten, beim Krieg zwischen Aserbeidschan und Armenien, beim Jemen-Krieg. Warum schauen wir so oft weg? Seit dem 28. Februar 2022 herrscht Krieg in der Ukraine.

Aufgrund der Dimension, der Brutalität und Zerstörungsgewalt, mit der der russische Angriff auf die Ukraine und ihre Zivilbevölkerung geführt wird, hat sich bereits vieles verändert. Die Folgen sind noch nicht absehbar. Dieser Krieg unterscheidet sich in vielerlei Aspekten von den bisherigen. Er stellt jetzt schon eine historische Zäsur dar. Auf einmal sind die Fronten klar, die Rollen sind verteilt.

Hat die Politik versagt?!

Der russische Angriffskrieg stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar. Zur Vorgeschichte gehören allerdings auch beinahe zwei Jahrzehnte der politischen und wirtschaftlichen Annäherung und Zusammenarbeit, aber auch einer etappenmässigen Zuspitzung in sicherheitspolitischen Fragen. Welche Rolle spiel(t)en wir als neutrale Schweiz in diesem Konflikt? Welche Fragen müssen wir uns stellen? Warum haben die Politik und die Diplomatie versagt? Selbstverschuldete Abhängigkeiten?!

Die Abhängigkeit von russischen Energielieferanten war politisch gewollt. Die Einhaltung der Menschenrechte, die Verfolgung und Ermordung von Andersdenkenden im In- oder Ausland und die zunehmende Repression spielten bei uns kaum eine Rolle, wenn es darum ging, lukrative Verträge abzuschliessen und russische Firmen ins Land zu holen. Umwelt- und Klimaschutz, die Energiegewinnung über alternative Energien hatten aufgrund einer bürgerlich-liberalen Blockadepolitik einen schweren Stand.

Diskriminierung russischsprachiger Mitbürger:innen?!

Äusserst befremdlich stimmen öffentliche Äusserungen, die alle Russischsprachigen in Sippenhaft nehmen wollen. Nicht selten wurde in den letzten Wochen der Aufruf zum Boykott russischer Künstler:innen laut und auch gar umgesetzt. Selbst russische Literatur soll dieser Hexenjagd zum Opfer



Stefan Dietrich
von Bremgarten ist
Co-Präsident der
SP Aargau.

fallen. Als Sozialdemokrat:innen dürfen wir hier nicht wegsehen!

Solidarität mit den Menschen im ukrainischen Grenzgebiet

Der Zustrom von fliehenden Menschen aus der Ukraine hält an. Bereits mehr als zehn Millionen mussten ihre Heimat verlassen, und mehrere Millionen suchen Schutz im westlichen Ausland. Daher bleibt materielle Hilfe im ukrainischen Grenzgebiet weiterhin dringend notwendig.

Im Rahmen des Projekts Help Now konnten wir schnell auf die aktuelle Krise reagieren und mit ersten 5000 Franken an eingegangenen Spenden Hilfsgüter in Ungarn kaufen. Wir haben uns mit lokalen Helfer:innen vernetzen können. Diese helfen Geflüchteten, die an der ukrainisch-ungarischen Grenze und in ungarischen Gemeinden bereits untergebracht worden sind. Die humanitäre Unterstützung richtet sich nach den aktuellen Bedürfnissen. Für Mitte April ist ein weiterer Transport aus dem Aargau geplant. Wir sammeln gezielt Sachspenden wie zum Beispiel: Babynahrung, Schnuller (Nuggis), Babyfläschchen (Schoppen), Pampers, Feuchttücher, Hygieneartikel, Verbandsmaterial, Wunddesinfektionsmittel, Erste-Hilfe-Sets, Einweghandschuhe, Wolldecken, Schlafsäcke und Matten. Help Now sammelt auch weiterhin Spenden, um Hilfe direkt vor Ort zu gewährleisten.

Jede Unterstützung ist willkommen unter Verein Netzwerk Asyl Aargau Help Now 5408 Ennetbaden
IBAN: CH79 0900 0000 6120 9530 2 Vermerk:
UKRAINE. Interessierte und Helfer:innen können sich direkt unter helpnowch@gmail.com melden.
Weitere Informationen über das Hilfsprojekt unter:
www.helpnowswitzerland.ch



Wem gehört der Boden in Basel-Stadt?

Mitte Januar 2022 konnte der Regierungsrat vermelden, dass der Kanton das Clara-Areal erwerben konnte. Das ist ein bemerkenswerter Erfolg für Finanzdirektorin Tanja Soland! Ein Areal von dieser Grösse steht selten zum Verkauf. Und wenn, dann ist ein Kauf besonders attraktiv für renditeorientierte Immobilienfirmen, die in der aktuellen Tiefzinslage insbesondere für Wohnbauten immense Summen bieten. Im Fall des Clara-Areals war dies anders. Weil es der Eigentümerschaft wichtig war, dass das Areal in Basler Händen bleibt und dass die Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben können, boten sie das Areal direkt dem Kanton zum Kauf an. In anderen Fällen, z. B. beim Verkauf des Klybeck-Areals von Novartis und BASF, wird das Land an die Meistbietenden verkauft. Der Kanton kann zwar mitbieten, kann und will aber nicht mithalten mit den gegenwärtigen spekulativen Preisen.

Weshalb ist es so wichtig, dass die öffentliche Hand eine aktive Bodenpolitik betreibt – also aktiv Land erwirbt und anschliessend entwickelt und bewirtschaftet? Neben den gemeinnützigen Bauträger-



Stefan Wittlin, Grossrat
und Vizepräsident
SP Basel-Stadt

schaften, also den Wohnbaugenossenschaften und anderen Eigentümerschaften, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, kann der Kanton als Grundeigentümer einen bedeutenden Beitrag leisten zu einer nachhaltigen Stadt- und Quartierentwicklung.

Kanton als nachhaltiger Bodeneigentümer

Durch den Kauf kann der Kanton den Boden der Spekulation entziehen. Eine allfällige Entwicklung und die Bewirtschaftung werden demokratischen Entscheidungsprozessen unterstellt. Derzeit sind nur knapp fünf Prozent aller Wohnliegenschaften im Kanton Basel-Stadt in öffentlichem Eigentum. Immerhin: Dass der Kanton eigenes Land nicht verkauft, ist seit der Annahme der Bodeninitiative im Jahr 2016 gesichert und seither als Grundsatz auch breit anerkannt.

Ein griffiges Instrument für eine aktive Bodenpolitik wäre ein Vorkaufsrecht, dessen Einführung aber bisher in den politischen Prozessen gescheitert ist. So lehnte die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat im Jahr 2020 sowohl einen Antrag der Bau- und Raumplanungskommission

wie auch eine entsprechende Motion ab. Und auch andere Ideen haben im Grossen Rat einen schweren Stand. Der Antrag der SP-Fraktion, die Grundstücksgewinnsteuer bei einem Verkauf an den Kanton zu reduzieren, wurde jüngst abgelehnt. Damit hätte insbesondere beim Verkauf von Mehrfamilienhäusern ein wesentlicher Anreiz entstehen können, einen Verkauf an den Kanton zumindest eingehend zu prüfen.

Wohnraum muss langfristig bezahlbar bleiben

Die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist und bleibt ein Kernanliegen der SP Basel-Stadt. Entscheidend ist dabei nicht nur, wem der Boden gehört, sondern auch die gesetzlichen Pflichten der Eigentümerschaften. Für die anstehenden Arealentwicklungen muss sichergestellt werden, dass ein signifikanter Teil des entstehenden Wohnraums gemeinnützig betrieben wird und dadurch langfristig bezahlbar bleibt. Dies können wir erreichen mit der Initiative «Basel baut Zukunft», über welche die baselstädtische Stimmbevölkerung bald befinden wird.

INTERVIEW MIT MAYA WEBER HADORN

«Wir müssen bereit sein, die Strategien zu hinterfragen und auch neue Wege zu gehen»

Liebe Maya, der Wahlsonntag war für uns alle intensiv. Wie hast du ihn emotional erlebt?

Ich war anfangs entspannt. Als die ersten Resultate zu den Regierungsratswahlen publiziert wurden, musste ich leer schlucken. Mir war klar, dass Erich Fehr das Rennen wohl nicht machen würde, hatte aber nicht mit so deutlichen Zahlen gerechnet. Als sich später bei den ersten Wahlkreisen Sitzverluste im Grossen Rat zeigten, war die Stimmung entsprechend gedämpft. Als dann die Abwahl von drei langjährigen Grossrät:innen aus unseren Wahlkreisen publik wurde, wandelte sie sich in Konsterniertheit.

Die Wahlergebnisse in «unseren» drei Wahlkreisen in Bern-Mittelland sehen zum Teil happig aus. Oder gibt es auch Raum für Differenzierungen oder sogar positive Nachrichten?

Vorab gratuliere ich allen unseren Wiedergewählten herzlich! Wenn ich mit dem Wahlkreis Thun vergleiche, sind die Verluste bei uns etwas weniger happig. Doch jeder Verlust schmerzt. Mir tun die engagierten Menschen dahinter leid. Als Regionalverband muss uns bewusst sein, dass wir sowohl die Stadt- als auch die Landbevölkerung für uns gewinnen müssen, damit wir erfolgreich sind. In der Stadt, wo wir alle Sitze halten konnten, gelang es, auf dem Land nicht; dort sind die Verluste teilweise dramatisch. Wir stellen in den Gemeinden Wohlen, Bremgarten, Laupen und Schwarzenburg einen auffälligen Negativtrend von minus 5–10 % Wähler:innen-Anteil im Vergleich zu 2018 fest. Die Gründe evaluieren wir noch näher. Wir bleiben aber zweitstärkste Partei im Kanton. Zudem wurde die linke Seite im Grossen Rat insgesamt etwas gestärkt.

Mit Mirjam Veglio, Daniel Wildhaber und Daniel Wyrch wurden drei verdiente Grossrät:innen aus unserem Einzugsgebiet abgewählt. Was sagst du dazu?

Das ist extrem schmerzhaft. Mit diesen drei verlieren wir grosses Know-how und Fachwissen in den Bereichen Bildung, Soziales, Finanzen und Arbeitnehmer:innenrechte. Ich weiss von allen drei, dass sie diese Abwahl nicht persönlich nehmen, und danke ihnen



Maya Weber Hadorn, Präsidentin SP Region Bern-Mittelland

herzlich für ihr unermüdetes, langjähriges Engagement.

Wie hast du den Wahlkampf erlebt? Was haben wir richtig gemacht? Was hätten wir besser machen können?

Ich habe extrem viel Engagement erlebt. Nicht nur auf Social Media, sondern auch auf der Strasse bei den Menschen, beim Flyern oder Unterschriftensammeln. Ich fand's grossartig und hatte noch selten so viel Spass im Wahlkampf! Allen unseren Kandidat:innen, den vielen Helfer:innen, aber auch unseren Mitgliedern gebührt ein grosses Merci. Bei einer Wahlbeteiligung von 30 % können wir uns nicht vorwerfen lassen, zu wenig mobilisiert zu haben. Der Trend hat den Parteien mit «grün» im Namen in die Karten gespielt, obwohl unsere Partei schon viel länger für ökologische Anliegen kämpft und mit der Forderung einer ÖV-Offensive beispielsweise einen sozialverträglichen Weg in der Klimapolitik aufzeigt. Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf. Ich habe das Gefühl, dass wir unsere wichtigen

Botschaften noch besser an die Menschen bringen sollten. Daran müssen wir arbeiten.

Wo können wir ansetzen, um nächstes Mal erfolgreicher zu sein?

Angesichts der bürgerlichen Dominanz wird es für unsere Mitglieder im Grossen Rat weiterhin wichtig sein, strategische Vorgehensweisen zu finden, um Mehrheiten zu gewinnen und Geschäfte in unserem Sinn durchzubringen. In den nächsten vier Jahren gilt es, thematisch noch näher am Alltag der Menschen im Kanton zu politisieren, damit diese die Bedeutung einer linken Politik für sie persönlich erkennen. Dies erreichen wir, indem wir bereit sind, unsere Strategien und Schwerpunkte kritisch zu hinterfragen, und den Mut haben, auch mal neue Wege zu gehen. Stichworte dazu: konkrete Nachwuchsförderung, unsere SP-Männer nicht vergessen, Listengestaltung. Eine Niederlage ist auch immer eine Chance, es in Zukunft besser zu machen. Diese müssen wir packen.

«Mit Glück kommt Verantwortung»

Achim, du bist nicht Mitglied der SP und hast der Partei im letzten Jahr dennoch 600 000 Franken gespendet. Warum?

Achim Schwander: Ich wollte das Klimathema voranbringen, das mir stark am Herzen liegt. Dabei stand ich vor der Frage, ob ich mich an die Grünen oder an die SP wende, die in klimapolitischen Abstimmungen beide am selben Strick ziehen. Ich entschied mich für die alteingesessene, starke SP: Sie ist genauso grün wie die Grünen, bearbeitet aber als breiter aufgestellte Partei eine grössere Vielfalt an gesellschaftspolitischen Themen wie beispielsweise soziale Gerechtigkeit oder die Gleichstellung der Geschlechter.

Warum setzt du dich für den Klimaschutz ein?

Die Klimabewegung mit Greta Thunberg rüttelte mich wach. Und ich wurde vor vier Jahren Vater. Da stellt man sich die Frage, wie unsere Kinder dereinst leben werden. Je mehr ich las, desto klarer wurde mir: Wir müssen jetzt handeln.

Du hast Geld für die CO₂-Kampagne gespendet, doch die Vorlage ging bachab. Was löste das bei dir aus?

Die Vorlage war ein wichtiger Kompromiss, jedoch nicht perfekt. Menschen mit kleinen

und mittleren Einkommen hatten offenbar Angst vor Mehrkosten. Hinzu kam das unglückliche Zusammenfallen mit der Abstimmung über die beiden Agrarinitiativen. Die Ablehnung bestärkte mich darin, mein Engagement zu verstärken. Denn das Problem löst sich nicht von selbst. Wir müssen dringend etwas unternehmen.

Wie hast du das Geld verdient, das du jetzt spendest?

Fasziniert von der Idee einer Währung ohne staatliche Kontrolle, entdeckte ich 2011 die Kryptowährung Bitcoin. Heute verbraucht Bitcoin mehr Strom als die ganze Schweiz. Bald realisierte ich, dass dies in Sachen Umweltbilanz in die falsche Richtung geht. Auf der Suche nach technisch interessanten Alternativen fand ich die Kryptowährung IOTA der gleichnamigen Stiftung, die einen wesentlich tieferen ökologischen Fussabdruck aufweist. Ich investierte 17 000 Franken an Erspartem in die Finanzierung der Stiftung. Als die Kryptowährungen schliesslich 2017 im Mainstream ankamen, waren die IOTA-Tokens quasi über Nacht sehr viel wert.

Was ging dir da durch den Kopf?

Ich hatte zunächst einmal Angst. Was muss ich tun? Will nun jemand etwas von mir? Ziemlich bald kam jedoch das Verantwortungsbewusstsein, mit meinem Glück etwas Gescheites machen zu wollen. Ich bin Altruist, Gutes tun macht mich glücklich. Teure Ferien oder eine Yacht sagen mir nichts. Wenn ich einmal sterbe, möchte ich den allergrössten Teil meines Vermögens verschenkt, gespendet oder in gute, sinnvolle Projekte gesteckt haben.

So finanzierst du die Finanzplatz-Initiative, mit welcher der Finanzplatz nachhaltig gestaltet werden soll.

Ein grosser Teil der weltweiten Vermögen wird am Schweizer Finanzplatz verwaltet. Dort können wir global einen Unterschied machen. Der Hebel für Veränderung ist riesig. Ich selbst nehme meine individuelle Verantwortung wahr und habe meinen Lebensstil angepasst.

Was machst du, um ob der vielen schlechten Nachrichten zum Klima nicht zu verzweifeln?

Diese Nachrichten motivieren mich eher. Es gibt etwas, wofür es sich zu kämpfen lohnt.



Basile Bormand

TRANSPARENZ IN DER PRAXIS

Die SP setzt sich seit Jahren für mehr Licht im Dunkel der Politikfinanzierung ein. Im Rahmen der Transparenzinitiative konnte sie griffige Transparenzregeln für die Finanzierung der nationalen Politik durchsetzen. Auch wenn diese Bestimmungen voraussichtlich erst nächstes Jahr in Kraft treten, weist die SP Schweiz Spenden über 10 000 Franken schon heute öffentlich aus.

Achim Schwander hat letztes Jahr 600 000 Franken für den Abstimmungskampf zum CO₂-Gesetz und die Erarbeitung der inhaltlichen Grundlagen zur Lancierung der Finanzplatz-Initiative gespendet. Solche Grossspenden bilden die grosse Ausnahme in der Finanzierung der SP, die in erster Linie von Kleinspenden lebt. Im Interview erklärt Achim Schwander, weshalb er die Partei mit einem so grossen Betrag unterstützt.

Achim Schwander hat Sport und Philosophie studiert und für die Swisscom im IT-Bereich gearbeitet. Heute betreut er seine Kinder, pflanzt im Garten Gemüse an und baut mit befreundeten Künstlern ein Atelier auf.

SOMMERTAGUNG ANFANG JULI

Der russische Angriff auf die Ukraine bedeutet für Europa und die Schweiz eine Zeitenwende. Für die Schweiz stellen sich Fragen, denen sie in der Vergangenheit ausgewichen ist: Wie werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern aus autoritären Staaten? Was kann unser Beitrag zu einer progressiven, europäischen Sicherheitspolitik sein? Diese und viele weitere Fragen diskutieren wir am 2. und 3. Juli an der SP-Tagung «Gemeinsam Zukunft gestalten» in Biel. Reserviere dir jetzt das Datum! Die Einladung zur Tagung folgt per Newsletter.

ANNY KLAWA-MORF

Stiftung Fondazione Fondazione

Seminar

Grundlagen und Geschichte der Sozialdemokratie

Mehr über die Werte und Geschichte der Sozialdemokratie lernen und gemeinsam darüber diskutieren, wie soziale Demokratie realisiert werden kann.

**Samstag, 21. Mai 2022,
09.00 bis 18.30 Uhr,
Gleis 13 in Olten**

Leitung des Seminars:
Rafael Mörgeli, Historiker und
Geschäftsführer Stiftung SP Bildung.

Jetzt anmelden!



V. l. n. r.: Alizée Rey, Miriam Locher und Carlo Lepori Lepori mit Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler.

Parteirats-Präsidium gewählt

Ende März ereignete sich zu Bern Historisches, jedenfalls für die SP Schweiz: Erstmals tagte der neu geschaffene Parteirat, in dem Delegierte der Kantonalparteien und der grössten Städte, die Organe, das Parteipräsidium, freie Delegierte sowie Partnerorganisationen wie der SGB, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, Solidar Suisse und der Solifonds Einsitz haben. Sie alle – rund 80 Personen – bestimmen die Geschicke der Partei mit und bringen die Anliegen der Basis direkt ein.

Urs Joller aus Obwalden, das jüngste Mitglied des Rats, fasste zusammen, was sich in den vergangenen Debatten zur Parteistruktur herauskristallisiert hatte: «Der Parteirat stellt vermehrt die Mitglieder ins Zentrum. Das ist ein richtiger Schritt hin zu mehr Demokratie.» Auch einen Wunsch hatte er offen: «Die Debatten sollen hart und fair geführt werden, sodass wir es schaffen, die Anliegen von unten in die Partei hineinzutragen.»

An der ersten Sitzung des Parteirats wurde nicht nur hart um Positionen gerungen – beispielsweise zum Thema Harmonisierung von Mitgliederbeiträgen. Ebenso wurde eine Resolution zum Ukraine-Krieg einstimmig verabschiedet (siehe Seite 4) und die Leitung des Parteirats per Akklamation gewählt: Der Parteirat wird präsidiert durch die Freiburgerin Alizée Rey, den Tessiner Carlo Lepori und Miriam Locher aus dem Kanton Basel-Land. Die drei werden am 24. Juni gemeinsam durch die nächste Sitzung führen, bei der die Themen Europa und Geldwäscherei im Zentrum der politischen Diskussion stehen werden.

Der Parteirat ist noch nicht vollständig. In der zweiten Jahreshälfte werden Vertreter:innen der neu geschaffenen Themenkommissionen und der Foren sowie die SP queer dazustossen. Meldet euch, wenn ihr Lust habt euch einzubringen (rebekka.wyler@spschweiz.ch). Wir freuen uns!

GROUPS.SWISS



GROUPS
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Gruppen und Familien, Freizeit und Kurse
Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

Soziale Sicherheit: Für alle und für alle Fälle

Das neue Denknetz-Buch dreht sich um soziale Sicherheit und nachhaltig tragfähige berufliche Perspektiven für alle. Das Autor:innenteam schlägt eine Gesamtlösung für die soziale Sicherheit in der Erwerbsphase vor, die sogenannte AEV^{plus}. Teil des neuen Modells sind auch die Einführung von Bundesstipendien für berufliche Umschulungen sowie die Gewährung der Personenfreizügigkeit für Personen aus allen Herkunftsländern. Ruth Gurny und Beat Ringger



Die Lücken in den Schweizer Sozialversicherungen und die damit einhergehenden Armutsrisiken sind bekannt. So fehlen beispielsweise in der Schweiz eine allgemeine Krankentaggeldversicherung oder eine gute Absicherung für Selbstständigerwerbende. Zudem mangelt es für viele Leute an realistischen Umschulungsmöglichkeiten, wenn die Ausbildung nicht mehr aktuell ist. Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern haben oft Schwierigkeiten, finanziell über die Runden zu kommen. Menschen ohne Schweizer Pass gefährden gar ihren Aufenthaltsstatus, wenn sie Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

Alle diese Lücken machte die Pandemie sicht- und spürbar. Der Bundesrat erliess auf Druck der SP und



Ruth Gurny und Beat Ringger,
Für alle und für alle Fälle,
Zürich 2022, edition 8

der Gewerkschaften eine Corona-Notverordnung, die im April 2020 von den eidgenössischen Räten in befristetes Recht überführt wurde. Heute braucht es dauerhafte Lösungen. Die Zeit ist reif für eine grundlegende Revision des sozialen Sicherheitsnetzes und damit reif für die AEV^{plus} mit klaren und einheitlichen Versicherungs- und Bedarfsleistungen.

Bildung muss man sich leisten können

Ein grosses Risiko besteht für Menschen in der Erwerbswelt darin, dass ihre beruflichen Qualifikationen nicht mehr gefragt sind. Betroffene müssen reale Chancen erhalten, sich neue berufliche Perspektiven zu erschliessen. Genau hier aber versagen die aktuell verfügbaren Instru-

mente. Weiterbildung und Umschulung muss man sich leisten können. Wir schlagen daher die Schaffung eines Weiterbildungsfonds vor. Dieser sichert die Existenz während der Weiterbildung durch Stipendien, die sich am Ergänzungsleistungsgesetz orientieren.

Weiter richten wir den Blick auf die Schweizer Migrationspolitik, die durch eklatante Ungleichbehandlung geprägt ist. Wer Staatsbürger:in eines EU-Landes ist und den Nachweis über ausreichende Einkünfte erbringt, darf sich in der Schweiz niederlassen. Ganz anders Personen aus Ländern ausserhalb der EU. Ihre Niederlassung ist an jährliche Kontingente gebunden.

Radikale Personenfreizügigkeit

Die Folgen sind bekannt: In der Schweiz leben Zehntausende ohne Aufenthaltsbewilligung, sogenannte Sans-Papiers. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, Schätzungen gehen von 76 000 bis 250 000 Menschen aus. Oft leben und arbeiten die Sans-Papiers schon seit vielen Jahren hier, müssen aber trotzdem jederzeit damit rechnen, aus der Schweiz ausgewiesen zu werden.

Dauerhafte Abhilfe schafft hier nur eines: Die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf alle Länder. Damit wird allen Menschen mitsamt ihren Familien ein sicherer Aufenthalt gewährt, sofern sie über ein regelmässiges Einkommen verfügen – unabhängig von ihrem Pass.

Das Buch beschränkt sich nicht darauf, Ideen zu präsentieren. Es zeigt vielmehr detailliert die Kosten auf und diskutiert, wie die Ideen konkret umgesetzt werden können. Dies verleiht den Vorschlägen des Autorenteam's Glaubwürdigkeit und zeigt die Machbarkeit des Konzepts auf.



Köchin Susanna Gerber beim Anrichten der Teller in der kleinen Küche des «Speck».

Vegetarisches aus dem «Speck»

Laura Peter setzt im traditionellen Restaurant der Metzgerei «Speck» mit Rübli, Randen und Radiesli zu neuen Höhenflügen an. Zu einer feinen Klimaküche gehört für die Aarauer Beizerin auch der nachhaltige Umgang mit Tisch, Stuhl und Glas. Pia Wildberger

Die Schankstube des altehrwürdigen Restaurants «Speck» atmet Aarauer Gastro-Geschichte, und doch wirkt das Speiselokal frisch, gediegen und gemütlich. 2018 übernahm Laura Peter den Betrieb in der Altstadt von der Familie Speck, die die gleichnamige Metzgerei und die dazugehörige «Beiz» über 70 Jahre lang geführt hatte. Der Name blieb, auch bezieht Laura Peter das Fleisch nach wie vor aus einer Filiale der Metzgerei.

Alles andere arrangierte sie mit viel Liebe und Sinn für Geschichte neu. Was bleiben durfte, wurde mit Fantasie und Farbe aufgefrischt. Was nicht ins neue Konzept passte, verkaufte Laura Peter auf Second-Hand-Plattformen. Vom Tischtuch bis zum geeichten Glas bezog sie nahezu alles im Brocki oder aus zweiter Hand. Einzig die Kaffeemaschine ist neu. «Der sorgfältige Umgang mit Ressourcen gehört für mich zur Klima-Küche dazu», sagt Laura Peter, die seit über 20 Jahren erfolgreich in der Aarauer Altstadt wirtet und auch kurze Zeit im Einwohnerrat die SP vertrat.

Voll saisonal

Auch die Speisekarte stellte sie um. Der Name des Lokals ist zwar immer noch Programm. Doch heute kommen auf jeden Teller zwei bis drei Gemüsesorten – sie sind nicht Nebensache. Was macht ihre Küche klimaverträglich? «Wir kochen ernsthaft saisonal», sagt Laura Peter. Im Winter gibt es kein Rataouille, sondern Pastinaken und Rübli. «Und wir produzieren nahezu keinen Food-Waste.» Was der Gast auf dem Teller übrig lässt, darf er oder sie im Karton mit nach Hause nehmen. «Wir brauchen jedes Brot, wir frieren ein und vakuumieren, was nicht sofort verarbeitet wird.»

In der Küche des «Speck» hat Susanna Gerber das Sagen. Die erfahrene Köchin kreiert zusammen mit Wirtin Laura Peter die neuen Gemüse-Gerichte und Salate, die ganz Aarau kennt. In ihren Mittagsmenus verzichtet sie häufig auf Fleisch und setzt auf eine authentische Küche. So schmecken auch die klimafreundlichen Gnocchi, die sie dem «Links»-Team aufischt, nach Italien und die Sauce ein wenig nach Tessin. Stilvoll, gediegen und gemütlich – wie die Schankstube dieser schönen, traditionellen Wirtschaft.

→ speckaarau.ch

Restaurant Speck, Zollrain 10, 5000 Aarau



Randen-Kartoffel-Gnocchi

Für 4 Personen

Zutaten

- 500 g Kartoffeln, mehligkochend
- 350 g rohe Randen
- 200–300 g Mehl
- 1 Ei
- Salz, Pfeffer

Zubereitung

Kartoffeln und Randen schälen und klein würfeln. Kartoffeln im Salzwasser garkochen, auskühlen lassen und durchs Passe-vite drücken. Randen in wenig Salzwasser 20 Min. einkochen und pürieren.

Kartoffel- und Randenpuree, Ei, Salz, Pfeffer sowie Mehl zu einem festen Teig zusammenfügen. Mehl beifügen, bis der Teig nicht mehr klebt. In daumendicke Stränge rollen und in 2 cm lange Stücke schneiden. Auf Wunsch über eine Gabel abrollen.

Gnocchi ins siedende Salzwasser geben und abschöpfen, sobald sie obenauf schwimmen. In wenig Olivenöl schwenken, auf einem Lauchbett und mit einer Weisswein-Sauce servieren, etwas zerbröselten Ziegenkäse darüberstreuen – en Guete!

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Mitreden in der Klimakrise

Uster leistete letzten Herbst demokratische Pionierarbeit und probierte neue Formen der Bürger:innen-Beteiligung aus. Was bleibt von diesem wegweisenden Experiment? Dieser Tage bekommen die Einwohner:innen entsprechende Post von der Stadt.

Wir wissen es längst: Ruft eine Gemeinde oder Stadt zur Mitwirkung auf, sucht sie Kommissionsmitglieder oder möchte in einer Echogruppe Massnahmen ausloten, melden sich immer dieselben Menschen – überproportional viele Männer, Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft und Akademiker:innen. In Uster wurden darum im Losverfahren 20 Personen ab 16 Jahren ausgewählt, die die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Kriterien wie Geschlecht, Alter, Bildungshintergrund und politischer Einstellung abbilden. Diese lud die Stadt Uster im letzten Herbst an zwei Wochenenden ein, Massnahmen gegen die Klimakrise zu diskutieren und dazu Ideen einzubringen. Fachlich wurde das Projekt vom Zentrum für Demokratie Aarau begleitet.

Glaut man den Rückmeldungen der Teilnehmenden, war das Bürger:innen-Panel ein voller Erfolg. Erstmals brachten sich Leute ein, die der Politik kritisch gegenüberstehen oder als Ausländer:innen im Prinzip nichts zu sagen haben. Das Panel erarbeitete einen breiten Strauss von Massnahmen und Ideen im Kampf gegen die Klimakrise, zu Händen der Stadt und der Zivilgesellschaft. Für Uster sind die Empfehlungen wichtige Hinweise, was die Bevölkerung als wichtig erachtet. Doch damit Ideen nicht in einer Schublade verstauben, braucht es mehr.

Etliche Vorschläge des Panels nahm die Stadt in den bestehenden Klimaplan auf. So fand etwa die sogenannte 6R-Nachhaltigkeitsregel für Abfall und Recycling Eingang in die Politik. Manche Massnahmen konnte die Stadt in angedachte, budgetierte oder gar bereits aufgegleiste Projekte integrieren. Dieser Tage informiert Uster alle Einwohner:innen in einem Brief über die Massnahmen, die vorgeschlagen wurden und nun auch umgesetzt werden können.

Es braucht alle Kräfte

Zahlreiche Ideen und Massnahmen richten sich jedoch auch an die Zivilgesellschaft. «Da spielen wir den Ball zurück», sagt Barbara Thalmann, SP-Stadtpräsidentin von Uster, die ein positives Fazit zieht. Die Einbindung verschiedenster Kräfte ist ihr ein grosses Anliegen. «Wenn es an die Umsetzung von Ideen geht, sind wir alle gefordert.» Sie erhofft sich eine breite Abstützung und Akzeptanz der Massnahmen sowie Motivation zur Umsetzung. «Denn ohne Mithilfe der breiten Bevölkerung können wir die Klimaziele nicht erreichen.»

Liesse sich ein Bürger:innen-Panel auch in deiner Gemeinde umsetzen? Wir sind gespannt. Anlaufstelle bei der SP Schweiz ist Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler (rebekka.wyler@spschweiz.ch).

IRLAND MACHT ES VOR

Konzepte für den Einbezug der breiten Bevölkerung in politische Entscheidungsfindungen werden seit den 1980er-Jahren vermehrt angewendet. In Irland wurde vor über zehn Jahren die Citizens' Assembly gegründet. Zwei spektakuläre Reformen gelangen mutmasslich bloss dank den Beratungen von ausgelosten Bürger:innenräten: Beim Referendum über die gleichgeschlechtliche Ehe 2015 und bei der Aufhebung des faktischen Abtreibungsverbots 2018 folgte die Mehrheit der irischen Stimmbürger:innen den Empfehlungen der Citizens' Assembly. Die Mehrheitsverhältnisse waren dabei fast identisch mit jenen innerhalb des Panels.



Fragen an **Oktavia Reiher, 23**

angehende Technikerin Bauplanung Architektur

Ende März habt ihr die Sektion Sempach gegründet. Habt ihr ein rauschendes Fest gefeiert?

Wir erwarteten 20 Leute und es kamen 70. Das war sehr schön. Es kamen gute Leute. Cédric Wermuth, der Luzerner Kantonalpräsident David Roth und die ehemalige Kantonsrätin Yvonne Zemp Baumgartner hielten Reden, und wir konnten auch gleich einige Neumitglieder gewinnen. Viele sagten: Endlich! Höchste Zeit, dass es die SP auch in Sempach gibt. Ich bin im Vorstand der neuen Sektion und für Öffentlichkeitsarbeit und Social Media zuständig.

Was wollt ihr in Sempach bewegen?

Sempach hat ein Verkehrsproblem, die Altstadt ist eigentlich ein grosser Verkehrsplatz. Das wollen wir dringend angehen. Wir wollen uns auch für bezahlbaren Wohnraum und Umweltschutz einsetzen.

Welche Aktionen plant ihr?

Im April ist Gemeindeversammlung, und wir stimmen über die Ortsplanung ab. Mit dem Bauvorstand haben wir jetzt schon mal einen Termin. Da wollen wir uns sicher positionieren. Auch für die nächsten Gemeindewahlen werden wir Leute nominieren. Wir rechnen uns gewisse Chancen aus, denn Sempach stimmt gewöhnlich eher städtisch mittig bis links.

Warum bist du der SP beigetreten?

Ich war schon lange Sympathisantin und bin der SP beigetreten, weil mir die Werte der Partei entsprechen. Soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung sind mir beispielsweise sehr wichtig. Mich überzeugt auch, dass die SP sich realistische Ziele setzt und diese auch umsetzt.

Welche Erwartungen hast du an die SP?

Wir dürfen den Kampf gegen die Ungleichheit nie aufgeben. Mir ist wichtig, dass Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein Muss bleibt, da die SP bei diesem Thema nicht lockerlässt.

Pia Wildberger

BUCHBESPRECHUNG

Ändere, was dich stört

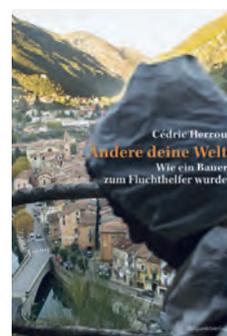
Das ist die Geschichte eines Olivenbauern im südfranzösischen Roya-Tal, der eines Tages beginnt, in den Geflüchteten Menschen zu sehen. Diese Menschen begegnen Cédric Herrou, wenn sie im Dunkeln der Strasse entlangtrotten oder sich im Gebüsch verstecken – Männer und Frauen, Jugendliche sowie Familien mit kleinen Kindern. Wir schreiben das Jahr 2015, die Flüchtlingskrise erreicht den Höhepunkt. Wer es übers Mittelmeer nach Italien geschafft hat, wird auf der Reise nach Frankreich spätestens in Ventimiglia zurückgehalten. Die Polizei kontrolliert den Grenzabschnitt systematisch und schafft die Menschen erbarmungslos nach Italien zurück. Der Olivenbauer Cédric Herrou sieht das Leid und Elend in den Augen dieser Menschen.

Wie viele andere hätte er seine Tür geschlossen halten und wegschauen können. Er entscheidet sich jedoch, im Namen der Menschenwürde diesen Vertriebenen und Misshandelten zu helfen. Er bringt sie auf seinem kleinen Hof unter und fährt sie zum nächstgrösseren Bahnhof, von wo aus sie ins Landesinnere gelangen können. Schritt für Schritt baut er seine Aktivität aus. Zunächst sammelt er im Internet Spenden für den Kauf eines grösseren Autos, mit dem er die Geflüchteten über die Grenze bringt. Dann verwandelt er sein Zuhause in ein improvisiertes Empfangszentrum. Dank seinem hartnäckigen juristischen Kampf können Geflüchtete dort sogar ein Asylgesuch stellen.

Sein Engagement trug Cédric Herrou zahllose Verhaftungen und Prozesse ein. Gleichzeitig machte es ihn zum Gesicht des Widerstands der Zivilgesellschaft gegen die unmenschliche Abschiebungspraxis des französischen Staates.

«Ändere deine Welt» liest sich spannend wie ein Krimi. Die Autobiografie zeichnet die persönliche Entwicklung Cédric Herrous vom apolitischen Punk über den eremitischen Bauern bis zum Migrationsaktivisten nach. Und das Beste: Es ermutigt zum Handeln, weil es zeigt, was ein einzelner Mensch erreichen kann – nichts weniger als die Veränderung der Welt.

Pia Wildberger



«Ändere deine Welt», von Cédric Herrou, Rotpunktverlag. Das Buch ist in deiner Lieblingsbuchhandlung oder online erhältlich.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

NEU KOSTENLOSE WEBINARE

Meine Verantwortung in der digitalen Arbeitswelt:

Was darf ich – was darf ich nicht?

D2.2.2213

20. Mai 2022, 11–12 Uhr, online

Schwangerschaft und Mutterschutz am Arbeitsplatz

D2.2.2212

21. Juni 2022, 14–18 Uhr, online

Infos und Anmeldung für die Webinare



Faire Personalbeurteilung

D1.7.2210

22. – 23. August 2022, Wilen
Faire Personalbeurteilungssysteme: Welches sind die Kriterien und wie kann die Personalvertretung (PV) Einfluss nehmen? Der Kurs vermittelt Grundwissen

über Mitarbeitenden- und Qualifikationsgespräche, Arbeitszeugnisse sowie Persönlichkeits- und Datenschutz. Im Kurs wird aufgezeigt, welche Gestaltungsmöglichkeiten die PV hat.

Arbeitsunfähigkeit – wie weiter?

D1.8.2217

2. – 3. September 2022, Balsthal
Arbeitsunfähigkeit kann alle treffen und macht unglaublich verletzlich. Für Betroffene ist es in diesem Moment nicht einfach, die garantierten Leistungen zu beantragen und eine Übersicht über den Sozialversicherungsdschungel zu erhalten (Unfallversicherung UV, Krankenversicherung KV und Invalidenversicherung IV). Gut informierte Arbeitskolleginnen und -kollegen sind in diesem Fall Gold wert: Sie verweisen Betroffene an die zuständigen Stellen und beantworten erste Fragen kompetent.

Digitale Überwachung am Arbeitsplatz

D1.7.2214

6. September 2022, Olten
«1984» von George Orwell wird Realität: Die Digitalisierung ermöglicht es den Arbeitgebenden, ihre Mitarbeitenden immer mehr zu überwachen. Mailverkehr oder Surfverhalten im Internet sind nur die Spitze des Eisbergs: GPS in Lieferwagen, Produktivitätskontrolle von Einzelnen am Arbeitsplatz sowie die Erfassung und Auswertung von Daten ermöglichen eine noch nie da gewesene Kontrolle. Der Kurs zeigt auf, wie sich Personalvertretungen und Gewerkschaften gegen diese Kontrollen im Betrieb, unterwegs oder zu Hause wehren können.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.

AGENDA 2022

26. APRIL

Delegiertenversammlung der SP60+ in Bern

12. MAI

Stammtisch der SP queer, Bern

21. MAI

Delegiertenkonferenz der SP Migrant:innen

11. JUNI

Mitgliederkonferenz SP60+, Bern

24. JUNI

Parteirat in Neuenburg

2./3. JULI

Sommertagung «Gemeinsam Zukunft gestalten»

31. AUGUST

Delegiertenversammlung SP60+, Morges

10. SEPTEMBER

Formelle Gründung SP queer

24. SEPTEMBER

Herbstkonferenz SP60+, Genf

22. OKTOBER

Mitgliederversammlung der SP Frauen

29./30. OKTOBER

Parteitag der SP Schweiz in Basel

Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/agenda



Anlässe der Anny-Klawamorf-Stiftung im April, Mai und Juni

Grundsätzlich sind alle Angebote für alle Personen zugänglich und kostenlos (Ausnahme Stadtrundgang ZH Kolonial). Bei gewissen Veranstaltungen ist die Teilnehmendenzahl begrenzt. Weitere Informationen und Veranstaltungen sowie Anmeldungen unter info@anny-klawa-morf.ch oder anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen

Stadtrundgang «ZH Kolonial» zu Zürichs kolonialer Vergangenheit

Freitag, 15. April, 17 Uhr
Sonntag, 17. April, 14 Uhr

Freitag, 22. April, 17.30 Uhr

Freitag, 29. April, 17.30 Uhr

Samstag, 7. Mai, 14 Uhr

Sonntag, 22. Mai, 14 Uhr

Sonntag, 12. Juni, 14 Uhr

Europanacht – Ist die Utopie der Neutralität aus der Zeit gefallen?

Freitag, 13. Mai 2022, 18.30 Uhr –

21 Uhr, Kulturum, Solothurn

Durch den Krieg in der Ukraine wurde die Frage der Neutralität neu gestellt und aufgeworfen. Inwiefern ist sie eine Utopie, die aus der Zeit gefallen ist? Und was bedeutet es für neutrale Länder, wenn Angriffskriege gegen souveräne Staaten geführt werden? Diesem und anderen Fragen gehen wir an der Europanacht nach, dieses Jahr in Kooperation mit der Bildungswerkstatt Willi Ritschard.

Seminar «Grundlagen und Geschichte der Sozialdemokratie»

Samstag, 21. Mai 2022, 9 bis 18.30 Uhr, Säali, Gleis 13, Olten
Am eintägigen Grundlagen-seminar lernen Teilnehmende die

Grundlagen und Geschichte der Sozialdemokratie kennen und untersuchen an konkreten Beispielen, wie eine Politik der Sozialen Demokratie verwirklicht werden kann.

Europacafé «Die Schweiz und Europa: Imaginationen, Narrative, Modelle»

Dienstag, 31. Mai 2022,

18.30 Uhr bis 20 Uhr, Kleine

Bühne, PROGR, Bern

Studierende der Universität Bern stellen ihre Erkenntnisse und Diskussionspunkte aus der Auseinandersetzung mit der schweizerischen Europaliteratur und der Geschichte schweizerischer Selbstbilder vor.

Training Day for Social Business

Samstag, 25. Juni 2022, ganztags, Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten

Gemeinsam mit der Dachorganisation der progressiven Stiftungen in Europa (FEPS) organisieren wir eine Tagung zu Selbstorganisation und praktischer Wirtschaftsdemokratie.



AUF ZUM STAMMTISCH VON SP QUEER

Die SP queer wird am 10. September 2022 formell als Organ der SP Schweiz gegründet. Damit sich die Aktivist:innen vorher kennenlernen können, laden wir am Donnerstag, 12. Mai 2022, in Bern zum SP-queer-Stammtisch ein. Melde dich bei Interesse bitte unter spqueer@spschweiz.ch.

Wir freuen uns auf dich!

Gleichstellung braucht Kita- Plätze

**JETZT KARTE
IN DER
HEFTMITTE
UNTER-
ZEICHNEN**



**KITA-
Initiative**

**Jetzt
unterschreiben!**